

**Interpellation Dr. Bernhard Scholl, FDP, Möhlin, vom 7. Juni 2011 betreffend Auswirkungen auf den Energiekanton Aargau durch die Beschlüsse von Bundesrat und Parlament in Sachen "Energiewende" / Kernenergie Ausstieg**

---

**Text und Begründung:**

Der Bundesrat beantragt dem Parlament den Ausstieg aus der Kernenergie und der Nationalrat wird in der Sommersession erste Beschlüsse dazu fällen. Der Regierungsrat wird ersucht, basierend auf diesen Anträgen und Beschlüssen folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sind generell die Auswirkungen mittel und langfristig für den "Energiekanton Aargau" und seine interkantonale Position nach den vom Bundesrat beantragten Ausstieg aus der Kernenergie respektive nach den Beschlüssen der grossen Kammer (Stromversorgungsanteil an der Schweizer Versorgung heute, Stromversorgungsanteile nach Ausstieg, weitere...)?
2. Was sind die Auswirkungen mittel und langfristig für den Kanton Aargau bezüglich volkswirtschaftlicher Wertschöpfung (Steuererträge, Konzessionsabgaben, Beschäftigung)?
3. Was sind die Auswirkungen mittel und langfristig für die betroffenen Standortgemeinden bezüglich Wertschöpfung und damit verbunden auf die Steuererträge?
4. Was sind die Auswirkungen für die heute existierenden Wärmeverbundnetze, insbesondere die Refuna?
5. Was sind die Auswirkungen mittel und langfristig für das Paul-Scherrer-Institut?
6. Was sind die Auswirkungen auf die Energiestrategie energieAargau und auf das daraus abgeleitete Energiegesetz, Stand 1. Lesung?
7. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit der Kanton Aargau auch inskünftig ein Energiekanton bleibt?
8. Wo sieht der Regierungsrat Potential für einen inskünftigen Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Wasserkraft und Geothermie?
9. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat bezüglich Intensivierung und Unterstützung der Forschungstätigkeit z. B. am Paul-Scherrer-Institut, sowie generell Fördermassnahmen bezüglich erneuerbaren Energien?
10. Was für Massnahmen sind geplant für den Rückbau der Kernanlagen?

Der Energiekanton Aargau trägt diese Bezeichnung nicht zu Unrecht. Der Aargau versorgt die Schweiz mit Strom. Das hat für den Kanton volkswirtschaftliche Vorteile (Arbeitsplätze, Steuererträge). Er ist Standortkanton von drei Kernkraftwerken, Beznau 1 und 2, sowie Leibstadt. Dazu kommt das Forschungsinstitut Paul-Scherrer in Villigen, das Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Würenlingen und das eidgenössische Nuklearinspektorat (Ensi) in Brugg. Der Entscheid von Bundesrat und Parlament hat grosse Auswirkungen auf den Energiekanton Aargau. Die im Teilbesitz des Kantons Aargau befindliche Axpo beschäftigt

rund 1500 Personen, davon allein in Beznau 535 Personen. Im Kernkraftwerk Leibstadt sind 400 Mitarbeitende beschäftigt. In der Region "unteres Aaretal" fallen beinahe 10 % der Arbeitsstellen weg. Durch den Nichtersatz der bestehenden Kernkraftwerke fallen rund 2500 geplante Stellen für die Ersatzbauten weg, insbesondere in den Bereichen Bau und Gastgewerbe. Das Ensi beschäftigt heute 135 Mitarbeitende, auch hier fällt der geplante Ausbau weg.

Das Fernwärmenetz Refuna, bestehend aus über 100 km Fernwärmeleitungen, ersetzt jährlich 16'000 Tonnen Heizöl und damit einen riesigen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Es ist unklar, wie der mit Wegfall von Refuna verbundene erhöhte CO<sub>2</sub>-Ausstoss wieder auf das heutige Niveau reduziert werden kann.

Das Paul-Scherrer-Institut fokussiert seine Forschungsanstrengungen unter anderem auf die Bereiche Energieforschung, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und umweltschonende Mobilität. Es braucht intensive und langfristige Anstrengungen, um den Wegfall der Kernenergie mit erneuerbaren Energien zu ersetzen.

---

Mitunterzeichnet von 16 Ratsmitgliedern